Nr. 106a. 37. Jahrgang. **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 28. Februar 1908

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

39. Sitzung vom 27. Februar.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Etat des Ministeriums des Inneren.

Abg. **Fritsch** (natl.)

empfiehlt ebenfalls eine Reorganisation der eigenen Verwaltung. Es muß eine Dezentralisation nach unten geschaffen werden zur Beschleunigung des Geschäftsganges. Die Reform hat aber nicht nur bei den Gliedern, sondern auch beim Haupte einzusetzen. Es besteht sicherlich ein Mangel an Zucht und Anstand. Aber die Polizei ist kein Allheilmittel dagegen. Das Publikum muß sich selbst erziehen. Die Sensationspresse muß bekämpft werden, die unedle Instinkte im Menschen großzieht. Auch die mißlichen großstädtischen Wohnungsverhältnisse begünstigen die Unzucht. In Berlin wohnen über 53 Prozent der Arbeiter in unzureichenden Räumlichkeiten. Die Polizeiaufsicht gegenüber ehemaligen Sträflingen muß milder gehandhabt werden. Es darf niemand wie ein Wild von Ort zu Ort gehetzt werden. Der Redner bittet den Minister, den Wünschen der größeren Berliner Vororte auf Stadtwerdung möglichst entgegenzukommen. (Beifall.)

Abg. **Freiherr v. Zedlitz** (freik.):

Im Interesse der Gesundheit des Volkes müssen die Wohnungsverhältnisse in den großen Städten und Industrieorten gebessert werden. Eine Vereinfachung der Verwaltung durch weitergehende Dezentralisation muß herbeigeführt werden. Den unteren Instanzen, die mit dem Volke direkt in Beziehung stehen, müssen mehr Befugnisse zugestanden werden. Alle Geschäfte erster Instanz können von der Bezirksbehörde auf die Kreisbehörden übergehen. Die Ministerien müssen von einer Menge von kleinen Geschäften entlastet werden. Fort mit dem Ballast der Personalsachen, der Fondsverwaltung usw. Dann werden große Aufgaben besser erfüllt werden können. (Sehr richtig!) Wir leiden aber auch an einem Uebermaß von Kontrollen. Der dritte Teil der Beamtenschaft besaß sich lediglich damit, zu kontrollieren. Der dritte Teil der Beamten beaufsichtigt nur das, war die anderen zwei Drittel tun. (Hört, hört!) Das geht zu weit. Wir ersticken schließlich unter Kontrollen, und das Verantwortungsgefühl unserer Beamten wird geschädigt. (Beifall.) Unsere Beamten müssen Eilbotenfreiheit haben. Aber auch unsere Kammern soll man nicht kleinlich beschränken. Die Städteordnung von 1808, deren Jubiläum wir demnächst feiern, ist der Eckstein, auf dem unsere Selbstverwaltung, das feste Fundament des Staates, aufgebaut ist. (Beifall.) Die staatliche Aufsicht muß lockerer werden. Die großen Gemeinden müssen Bewegungsfreiheit auch auf finanziellem Gebiete haben. (Beifall.) Der Minister muß das Vertrauen haben, daß die Gemeinden zur Selbstverwaltung reif sind. (Beifall.) Der Redner kommt auf die Verhältnisse in Nordschleswig zu sprechen und empfiehlt, dort das Deutschtum in derselben Weise zu unterstützen, wie in den östlichen Provinzen. In der Polenfrage werden hoffentlich die nationalen Kräfte auf der ganzen Linie siegen. Wenn die Ostmarkenvorlage vom Herrenhause zurückkommt, müssen wir Mittel und Wege finden, um die nationalen Ziele, die verfolgt werden, voll zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Minister **v. Moltke**:

Die zahlreichen Anregungen werden sorgfältig geprüft werden. Mit der Frage der Bildung von Armenverbänden hat sich die Verwaltung schon beschäftigt, es besteht aber noch keine Uebereinstimmung über die rechtlichen Grundlagen. Die Sache wird weiter verfolgt werden. Ich würde es für verfrüht halten, wenn ich in der Frage der Reorganisation der Verwaltung schon mit einem ausgearbeiteten Programm vor das Haus treten würde. Ich kann aber schon jetzt erklären, daß sich meine Ansichten mit denen des Freiherrn v. Zedlitz vielfach berühren.

In Nordschleswig ist durch den Vertrag vom 6. Januar vorigen Jahres mit der dänischen Regierung eine gewisse Beunruhigung entstanden. Durch den Vertrag wurde bestimmt, daß die optanten Kinder die preußische Staatszugehörigkeit erwerben können. Es ist richtig, daß wir durch den Abschluß dieses Vertrages der dänischen Regierung ein gewisses Entgegenkommen geäußert haben. Aber dafür hat sie auch den bestehenden rechtlichen Zustand öffentlich anerkannt und sich verpflichtet, ihn mit allen Mitteln zu schützen. Auch im dänischen Parlament sind loyale Erklärungen abgegeben worden. Damit ist der irredentistischen Bewegung in der Presse der Boden entzogen. Es ist uns nicht überraschend gekommen, daß die Angelegenheit in gewissen nordschleswigschen Kreisen Unbequemlichkeit hervorrufen mußte. Wir müßten aber im Interesse der auswärtigen Politik Wert darauf legen, freie Bahn zu schaffen. Der Vertrag ist inzwischen durchgeführt worden, und es sind

3000 Optantenkinder naturalisiert

worden. Für die deutsche Bevölkerung in Nordschleswig ist das keine Gefahr. Sie schreitet langsam, aber sicher vorwärts. Sie wird auch imstande sein, eine etwaige feindselige Bewegung zu überwinden. Die Regierung wird aber die Deutschen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht stärken und unterstützen. Die Remunerationen der Volksschullehrer werden erhöht. Zur Errichtung und Erweiterung von Hochschulen, Fachschulen, Winter- und Haushaltungsschulen sind Mittel bereit gestellt. Die Wohnverhältnisse werden verbessert, ebenso die Verkehrsverhältnisse. Die Gendarmen, Zoll- und Eisenbahnbeamten werden gleichfalls besser gestellt. Weitere Verbesserungen werden erwogen. Die Regierung wird die Dänisch sprechende Bevölkerung mit voller Gerechtigkeit behandeln, aber allen staatsfeindlichen Bestrebungen diesseits oder jenseits der Grenze wird sie mit allem Nachdruck entgegentreten. Sie hat volles Vertrauen zur Loyalität der dänischen Regierung sowie zur Einsicht aller besonnenen Elemente in Nordschleswig. Es wird ihr gelingen, die leider noch bestehenden Gegensätze zu beseitigen und den inneren Zusammenhang dieses Stückes preußischer Erde mit dem Reiche immer inniger zu gestalten. Von diesem Lande und dem preußischen muß es immer heißen: Up ewig ungedeelt! (Großer Beifall.)

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole):

Der Minister ist noch ein unbeschriebenes Blatt. Wir hoffen, daß er uns nicht wie viele seiner Vorgänger mit kleinen Nadelstichen quälen wird. Der Redner führt Klage über die Verdeutschung polnischer Ortsnamen.

Abg. **Münsterberg** (fr. Vg.):

Zum Gebrauch der Gerichte bitte ich den Herrn Minister um Herausgabe eines neuen Ortsnamenverzeichnisses wegen der veränderten polnischen Ortsnamen. Ich würde bedauern, wenn die Automobilrennbahn in dem südlichen Taunus verlegt würde. Sie würde dort den Limes durchschneiden, zu dessen Erhaltung das Deutsche Reich Zuschüsse gibt. Wichtige prähistorische Denkmale würden unwiederbringlich vernichtet werden. Es muß doch möglich sein, eine solche Rennbahn in irgend einem Teile des Landes anzulegen, in dem historische Denkmale nicht zu schützen sind. Das Automobilunwesen muß bekämpft werden, aber in steigendem Maße wird das Automobil Verkehrsmittel und wichtiges Erzeugnis der Industrie. Wichtig ist, daß die Ausbildung der Chauffeure geregelt wird, und daß nur solche Leute zugelassen werden, die geistesgegenwärtig und nüchtern sind.

Der Abg. Freiherr v. Zedlitz bespracb die Dezentralisation der Verwaltung. Soweit sie den unabhängigen Selbstverwaltungskörpern neue Aufgaben stellen will, wird sie der ganzen Linken willkommen sein. Soweit es sich aber darum handeln sollte, den politischen Staatsbeamten, den schon jetzt allmächtigen Landräten, noch weitere Macht zu geben, werden wir unsere Stellung uns vorbehalten. Bezüglich der Schulen der Städte teilen wir Stadtvertreter vollständig die schwere Besorgnisse. Die werdenden Anlagen der Städte verlangen aber regelmäßig neue Mittel, die meist nur durch Anleihen aufzubringen sind. Der Staat selbst ist auch nur zu häufig geneigt, den Städten neue Lasten aufzubürden. Die Schuldengrenze wird dann erreicht, wenn die Steuerkraft der Bevölkerung weitere Lasten nicht mehr tragen kann.

In früheren Reden habe ich die

Reglementierung der Prostitution

bekämpft. Der Minister hat jetzt einen Erlaß für Preußen herausgegeben, der die Kontrolle beseitigt, wenn die Frauen freiwillig sich zur ärztlichen Untersuchung stellen, und der die Stellung unter Kontrolle von einem Gerichtsbeschluß abhängig macht. Das ist ein erfreulicher Fortschritt, den ich nicht bekämpfen will, wenn ich auch grundsätzlich meinen Widerspruch aufrecht erhalte. Die jetzige Art des Vorgehens beruht auf Zufall, und das große Heer der jugendlichen Mädchen, die besonders Träger der inneren Geschlechtskrankheiten sind, wird von ihr nicht getroffen. Die kleine Zahl internierter schwerkranker Frauen gibt dafür keinen Ausgleich. Ich bitte die Staatsregierung, für einheitliche Regelung der wichtigsten Punkte durch Reichsgesetz zu sorgen, ohne daß erst die Reform des gesamten Strafrechts abgewartet wird. Der Abgeordnete Strosser sagte, es könne eine anständige Frau in gewissen Stunden kaum allein auf die Straße gehen. Mir scheint es etwas Uebertreibung. Soweit es aber richtig ist, sind nicht die Prostituierten schuld, die auf den Straßen gehen, sondern vor allem diejenigen Männer, die so wenig Achtung vor dem weiblichen Geschlecht haben. Gerade das Gewissen der Männer und das Gefühl ihrer Verantwortlichkeit muß geschärft werden.

Auch ich wünsche Bekämpfung aller unsauberen Literatur, warne aber vor Uebereifer. Das Gebiet der Kunst ist unbegrenzbar. Uebertriebene Agitation macht nervös und führt zu den lächerlichen Ergebnissen der Verstümmelung männlicher Figuren an Kunstwerken. Auch die Satire, selbst wenn sie scharf ist, darf nicht gehemmt werden. Ihr Recht ist es, Schäden des Volkes zu bekämpfen. Meine frühere Absicht, die Einsetzung einer interparlamentarischen Konferenz anzuregen, lasse ich fallen, nachdem der Minister seinen Erlaß veröffentlicht hat. Ich weise auf die Notwendigkeit der Reform der Gesindeordnung hin. Gute hauswirtschaftliche Erziehung wird ihren Segen üben. Die Gesindeordnung soll dazu den Boden bereiten.

Eine Begleiterscheinung der Prostitution sind

die Animierkneipen.

30 Prozent aller Kellnerinnen sind geschlechtskrank. Die Gewerbeordnung gestattet bis jetzt Eingriffe nur in beschränktem Maße. Polizeimaßregeln wirksamer Art können auch heute schon ergriffen werden, und ich bitte den Minister, daß er alles tut, damit auf diesem Gebiete gleichmäßig im ganzen Lande vorgegangen wird. Alle diese Maßnahmen treffen nur die Oberfläche. Was kann zur gründlichen Heilung geschehen? Die Jugendfürsorge gibt die besten Fingerzeige. 28,000 jugendliche Fürsorgezöglinge sind vorhanden. Bei einem Drittel ist die Ursache der Verwahrlosung in lasterhaften Neigungen oder in geistiger Minderwertigkeit der Eltern zu suchen. Bei der Jugend also muß der Hebel überhaupt angesetzt werden. Darin bin ich mit dem Abg. Roeren vollständig einverstanden. Alle diese Schäden sind schließlich auf drei Hauptursachen zurückzuführen: mangelhafte Wohnung, Trunksucht und Geschlechtskrankheit. Auf diesen Ursachen beruht der schwerste Fehler mangelnder Erziehung bei mangelndem Familienleben. Siebzig Prozent aller Fürsorgezöglinge sind in Erziehungsanstalten untergebracht. Es ist wünschenswert, daß diese durchgängig von geeigneten Elementen geleitet werden.

Ueber das Wohnungselend und Schlafgängerwesen führe ich einzelnes nicht an, denn jedermann kennt diese traurigen Statistiken. Wenn etwa drei-viertel aller Einwohner in Wohnungen von ein und zwei Zimmern wohnen, muß ein geordnetes Familienleben leiden. Deshalb ist die wichtigste Forderung ein Wohnungsgesetz, das seit sieben Jahren angeblich fertig liegen soll. Ich bin kein Sanguiniker und weiß, daß ein solches Gesetz, um wirksam zu sein, ungewöhnliche schwere Eingriffe in unsere gewohnten Verhältnisse bringen muß. Deshalb werden jahrelange Kämpfe notwendig sein, um mit der öffentlichen Meinung sich über das Maß des Erreichbaren zu verständigen. Vieles ist bereits zur Verbesserung der Wohnungen geschehen, der Staat hat nahezu 100 Millionen für die Beamten- und Arbeiterwohnungen bereitgestellt, 600 Baugenossenschaften arbeiten auf demselben Wege. Es ist zu wünschen, daß die Landesversicherungsanstalten auch solchen Baugenossenschaften helfen, die nicht nur für Staatsbeamte und Arbeiter schaffen. Ich weise auf die Notwendigkeit hin, Lediggenheime zu schaffen, nicht als Wohltat, sondern auf streng wirtschaftlicher Grundlage. Der erfreulichste Moment auf diesem Gebiete ist der Versuch der inneren Kolonisation auf dem Lande. Die Uebervölkerung der Städte wirkt oft unheilvoll genug. Es wäre ein Glück für den ganzen Staat, wenn es gelänge, antisoziale Elemente in soziale überzuführen. Deshalb wird die innere Kolonisation auch von der Linken warm gefördert werden, wenn sie streng sachlich ohne schädliche Nebenabsichten waltet.

Es ist der Fehler unserer Zeit, daß wir an den Symptomen herumkurieren und ängstlich vermeiden, in die Tiefe zu gehen und die Ursachen der Krankheit festzustellen. Es lebt sich in unserem Staatswesen gut,

es wird genug regiert, registriert, kontrolliert,

das Parlament aber hat die Aufgabe, weiter vorwärts zu drängen. Hunderte von Millionen könnten an unseren Staatsausgaben gespart werden, wenn wir weniger Kranken-, Irrenhäuser und Gefängnisse zu bauen und zu unterhalten hätten. All das steht in innerem Zusammenhange. Die freiwillige soziale Arbeit der Bürgerschaft leistet Bedeutendes. Kaum ein Gebiet menschlichen Elends und menschlicher Sorge gibt es, wo nicht freiwillig und ohne Staatshilfe gearbeitet wird. Das genügt aber nicht, denn unsere aufstrebende Bevölkerung strömt hin, wo sie kann, gegen die Annahme von Almosen. Ich möchte, daß der Staat sich entschließt, alle diese Uebel an der Wurzel anzufassen, das heißt bei der Jugend einzusetzen.

Ich beschränke mich auf diese Ausführungen. Ich bitte, mich aber nicht mißzuverstehen, als ob ich unser ganzes Leben in Gesetze geschnürt haben möchte, wenn ich gesetzliche Regelung einzelner Punkte fordere. Im Gegenteil, ich bin ein unbedingter Freund der Freiheit. Wohl aber gehe ich von dem Gedanken aus, den Goethe so schön ausgedrückt hat: „Denn das Gesetz nur kann uns Freiheit geben." (Allseitiger Beifall.)

Abg. **Nielsen** (Däne)

bespricht die Verhältnisse im nördlichen Schleswig. Die dänischen Schleswiger würden von den Behörden stets zurückgesetzt, bei Submissionen usw., vornehmlich von der Marineverwaltung. Auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet hätten sie schwere Nachteile zu erdulden.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Freitag, 11 Uhr: Fortsetzung des Etats des Ministeriums des Inneren.

Schluß 4½ Uhr.

Herrenhaus.

6. Sitzung vom 27. Februar.

(Schluß aus der Abend-Ausgabe.)

Enteignungsvorlage.

Fürst **Radziwill**:

Ich lege Verwahrung ein gegen die Bemerkungen, die gestern der Minister uns gegenüber gemacht hat. In der Auffassung der Rechte, die preußische Staatsbürger meiner Nationalität betätigt haben, bin ich mir völlig klar. Wenn hier die Regierung uns als Staatsanwalt gegenübertritt, so sagen wir: Wir sind unschuldig! Die Befürchtungen für den preußischen Staat sind übertrieben, eine Gefahr besteht überhaupt nicht. Man wirft uns vor, daß wir uns nicht freudig auf den Boden des preußischen Staates stellen. Aber wiegen nicht Taten schwerer als Worte? Haben in einem der letzten Kriege Polen ihren Fahneneid vergessen? Mit welchem Recht stellt man uns da als Hochverräter hin? Ich bin überzeugt, auch künftig werden die Polen ihren Fahneneid nicht vergessen. (Bravo!)

Was heißt es: Absonderungsgelüste der polnischen Bevölkerung!? Ein Vertrauen zur Regierung kann doch gar nicht mehr vorhanden sein. Ich vermisse in der Vorlage ein Wort des Wohlwollens gegen die polnische Bevölkerung. (Oho!) Wirtschaftliche Fürsorge ist gewiß da, aber für die geistige Hebung der Polen ist noch nie etwas geschehen. (Lebhafter Widerspruch.) Es hat sich nur

eine gewisse Selbsthilfe

herausgebildet, um die polnische Sprache, Geschichte usw. zu pflegen. Von Feindschaft gegen Deutschland fühlen wir uns völlig frei. (Widerspruch und Heiterkeit.) Wir reflektieren auf keinerlei Mitleid. Der Landwirtschaftsminister hat uns unsere politischen Sünden vorgehalten. Ich bestreite, daß uns gegenüber ein Zickzackkurs stattgefunden hat. Friedrich Wilhelm III. hat uns seinerzeit bei der Festergreifung der polnischen Landesteile ganz andere Zusicherungen gemacht, als wir heute auch nur zu wünschen wagen. Eine revolutionäre Bewegung ist im Jahre 1830 in Preußen garnicht eingetreten. Man verweist auf den Schulstreik, und ich bin weit entfernt, ihn pädagogisch zu rechtfertigen. Aber die Gemüter waren durch ein menschenunwürdiges Vorgehen, die Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache erhitzt. Man sagt, die polnische Bevölkerung fühle sich als Volk auf Kündigung. Aber die Staatsregierung ist es doch, die der polnischen Bevölkerung kündigt und sie auf den Aussterbeetat setzt. (Widerspruch.) Ich bitte Sie, lehnen Sie die Vorlage ab. Sie ist ein Unrecht gegen eine Bevölkerung, die eine derartige Behandlung nicht verdient. Sie wollen doch die Polen nicht schlechter stellen als die Schwarzen in Afrika, die jetzt Staatssekretär Dernburg geistig zu heben sucht. Das beste Mittel, den Frieden im Osten zu schaffen, ist **die gleiche Gerechtigkeit für Deutsche und Polen.** Die Kirche leistet die cura animarum. Kann dies nicht die staatliche Obrigkeit auch? Lehnen Sie die Enteignungsvorlage ab. (Vereinzeltes Bravo!) (In der Hofloge erscheint der Kronprinz.)

Berichterstatter Dr. **v. Burgsdorf**

verwahrt sich gegen den Vorwurf, er habe im Kommissionsbericht zu schwarz gemalt.

Fürst **Radziwill**

erwidert zur tatsächlichen Berichtigung, er habe vom Berichterstatter gar nicht gesprochen.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim**:

Der Vorredner fragt, was wir den Polen vorwerfen. Wir werfen ihnen vor den

rücksichtslosen Kampf gegen alles, was deutsch ist.

Man hat ehrlich versucht, die Zusicherungen Friedrich Wilhelms III. zu erfüllen. Aber die Polen haben mit Kampf bis zum Messer geantwortet. (Ministerpräsident Fürst Bülow erscheint im Saal.) Wir müssen vorbeugend wirken, und zwar mit der ganzen Kraft des Volkes. Sollen wir ruhig zusehen, wie sich im Osten eine Gefahr für unsere nationale Geschlossenheit entwickelt? Bei früheren Volkszählungen war stets eine stärkere Vermehrung der Polen als der Deutschen zu verzeichnen. Erst bei der Volkszählung von 1905 war dies Verhältnis umgekehrt. Von dem Deutschen im Osten würde es, wenn wir uns nicht mildern, einst heißen: Hier liegt ein Mann begraben, der ein Opfer des preußischen Staates geworden ist. (Beifall.)

Graf **Häseler** (zur tatsächlichen Berichtigung)

empfiehlt, die Aufwendungen für die Ansiedelungspolitik lieber für die Armee zu machen.

Präsident Freiherr **v. Manteuffel**:

Das ist keine tatsächliche Berichtigung.

Graf **Botho zu Eulenburg**:

Die Erinnerung an die Zusicherungen Friedrich Wilhelm III. können wir uns gern gefallen lassen. Sie zeigt das Wohlwollen unseres Herrscherhauses für die dortige Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rede des Fürsten Radziwill zeige, daß die Polen ihren Rechten nicht auch Pflichten gegenüberstellen. (Sehr wahr!) Fürst Radziwill hat an den frevelhaften Schulstreik vor zwei Jahren erinnert. Diesen Schulstreik zu bedauern genüge nicht, man muß ihn verwerfen. (Sehr wahr!) Unsererseits wird den Polen in jeder Weise entgegengekommen werden. Aber alle Staatsbürger müssen sich dem Staat unterwerfen; dies auch bei den bösen polnischen Nachbarn zu erreichen, ist der Zweck der jetzigen Vorlage. (Beifall.) Durch einen dreifachen Vorgang, durch die Gesetze von 1886, von 1898 und von 1902 ist festgelegt, daß unsere Ostmarkenpolitik der Verfassung nicht widerspricht. Nun war mir, daß sich das öffentliche Wohl auf Verkehrsinteressen beschränkt. (Heiterkeit.) Im Osten darf sich nicht ein Staat im Staate bilden. Der Kampf um den Boden hat an Schärfe immer mehr zugenommen. Das ist begründet zum Teil durch die Schwäche des deutschen Besitzes, der um ein paar Mark willen lieber an die Polen als an die Ansiedelungskommission verkaufte. Die Polen aber, die an die Ansiedelungskommission verkauften, kamen in sozialen Verruf, und so ist es